



Adis Ahmetović, MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses
Obmann im Unterausschuss für
Internationale Klima- und Energiepolitik

Pressemitteilung

Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts – „Bundestag beschließt Meilenstein“

Berlin, 19.01.2024

Adis Ahmetović, MdB

Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73194
adis.ahmetovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Im Kreuzkampe 1
30655 Hannover
Telefon: +49 511 699 805
adis.ahmetovic.wk@bundestag.de

Pressekontakt:

Jasmin Schönberger
adis.ahmetovic.ma07@bundestag.de
Telefon: 0176-22882667

<https://adis-ahmetovic.de/>

Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts – „Bundestag beschließt Meilenstein“

Am (heutigen) Freitag hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts beschlossen. Damit wird ein weiterer Meilenstein – neben der Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes und des Chancen-Aufenthaltsrechts – auf dem Weg zum modernsten Einwanderungsrecht, das Deutschland je hatte, erreicht.

„Die Reform des Staatsbürgerschaftsrecht wird tausenden Menschen in der Stadt und Region Hannover die Einbürgerung erleichtern. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist nicht nur ein ökonomisch sinnvolles Instrument zur zukünftigen Gewinnung von Fachkräften, sondern eine verspätete Anerkennung großer Leistung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Deutschland. Ich freue mich für viele Millionen von Menschen - vor allem auch für meine eigenen Eltern, die seit mehr als 30 Jahren in Deutschland wohnen, arbeiten und leben“, so der Bundestagsabgeordnete Adis Ahmetović.

So wird das neue Gesetz die Mehrstaatigkeit und frühere Einbürgerungen ermöglichen. Für Menschen, denen Deutschland zur Heimat geworden ist, wird es künftig einfacher und schneller möglich, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben: Das Gesetz öffnet den Weg zur Mehrstaatigkeit, verkürzt die Zeit bis zur Einbürgerung und würdigt besondere Integrationsleistungen. Deutsche, die eine zusätzliche Staatsangehörigkeit erwerben, können ihre deutsche behalten. Nach wie vor setzt der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit die Zustimmung zu den Werten unseres Grundgesetzes voraus.